

J. publ. G.

158

1

Öeffentliche

Dankadresse

an die Herren

von Itzstein und Hecker.

Coblenz,

Kreyer und Rublmann.

1845.

J. publ. G.

Franklin

158 ^s/₌

<36634251710012

<36634251710012

Bayer. Staatsbibliothek



Öeffentliche
Dankadresse

deutscher Preußen

an die Herren

von **Isstein und Secker,**

begleitet von einem geheimen Manifest

russischer Preußen

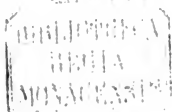
gegen das deutsche Volk.



Coblenz,

Kaver und Kuhlmann.

1845.



Ohne Zweifel, meine Herren, werden die freisinnigen Bürger preussischer Städte, namentlich diejenigen von Berlin, Königsberg, Köln u. s. w. Taft und Muth genug haben, um Ihnen ihre Sympathie durch Adressen auszudrücken und auf diese Weise einiger Maßen den Schimpf wieder gut zu machen, den Ihnen unsere russifizierte Regierung angethan hat.

Unsre Adresse ist kein Ausdruck der Sympathie; diese ist Ihnen zu bekannt, als daß unsrerseits eine erneuerte Versicherung derselben erforderlich wäre. Was wir Ihnen hiermit überreichen, ist eine Dankadresse. Wir danken Ihnen dafür, daß Sie unserer vielgepriesenen Regierung eine eklatante Gelegenheit gegeben haben, ihre wahre Gesinnung an den Tag zu legen.

Meine Herren, wir sind Freunde der Aufrichtigkeit. Aus diesem Grunde empfinden wir mitunter gegen die russische Regierung nicht mehr Antipathie, als gegen die unsrige. Die russische Regierung ist aufrichtig. Sie verschmäht es, sich mit einem vermittelnden oder beschwichtigenden Schein liberaler Tendenzen zu umgeben, sie heuchelt keine Sympathie für den Fortschritt und lügt keine Passion für Humanität. Sie weiß, was sie der Ehre des Despotismus schuldig ist und kompromittirt ihn nicht durch liberale Täuschungen. Sie stellt nichts in Aussicht, weil sie nichts geben will, und sie will nichts geben, weil es ihr nicht gefällt, und es gefällt ihr nicht, weil sie nicht scheut, etwas Ganzes, eine Despotinn, von reinem Wasser zu sein. Sie trägt nicht die Knute der Barbarei unter dem Rock der Liberalität versteckt, sie scheut das Rasseln ihrer Sklavenketten nicht und umwickelt das Henkerbeil für die Freiheit nicht mit dem Lügenflor eines feigen Wohl-

wollens. Sie spricht das letzte Wort ihres Herrscherwillens unumwunden aus und jeder, der nordasiatische Geographie studirt hat, weiß sofort, wo und wie er mit ihr daran ist. Sie diktiert ihre Gebote offen auf dem Kirchhof, und jeder weiß, daß ihr erster Adjutant der Todtengräber ist, der ihrem Willen Respekt zu verschaffen weiß, wenn es Einem einfallen sollte, ihn zu verkennen. Dieß, meine Herren, ist aufrichtig gehandelt. Ein Henker darf keine sentimentale Scheu vor Menschenblut an den Tag legen und einer russischen Regierung ist es würdig, daß sie das Schwert des Despotismus ohne Scheide trägt.

Ganz anders tritt unsre preussische auf. Sie hat im Grunde denselben guten Willen, wie die russische, aber sie hat nicht denselben Muth, ihn auszusprechen. Sie hat das Russenthum kultivirt und kleidet den russischen Text des Despotenkanon in eine verhüllende Umschreibung ein. Sie treibt das Russische Berlinisch. Sie möchte die Welt gern glauben machen, daß sie leidenschaftlich verliebt in den Fortschritt sei, während sie im Geheimen auf das Giftigste die Fesseln des Rückschritts schmiedet, und sie legt dem Volk die eine Hand mit väterlichem Wohlwollen auf das Haupt, während sie es mit der andern zwickt und abstriegelt. Sie hat nicht den Muth ihres Systems; sie verläugnet ihre Grundsätze, indem sie sie anwendet, und verdeckt ihren Willen, wenn sie ihn in Vollzug setzt. Sie sucht das Volk durch Hoffnungen zu fördern, um es vom Handeln abzuhalten, und buhlt um Vertrauen, wo sie weiß, daß sie es am wenigsten verdient. Sie gibt Versprechen, um unbelästigt von dem ehrlichen Glauben des Volks zu zehren, und geht sein Glaube zu Ende, so sucht sie es über ihr Versprechen zu belügen. Sie hat große Uebung in der Kunst der Heuchelei und unser Volk eine eben so große Uebung in der Kunst, sich bethören zu lassen. Meine Herren, unser Volk ist zwar auf gutem Weg, eine Einsicht in das Treiben derer zu erlangen, die ihm so übel mitspielen, aber es ist zum größten Theil zu charakterlos, um mit seiner Einsicht sein Handeln in Uebereinstimmung zu bringen. Ein Paar liberale Phrasen und einige verlogene

Zeitungsartikel sind im Stande, es die überzeugendsten Erfahrungen wieder vergessen zu machen, und es sieht seinen Betrug von heute nur ein, um sich morgen von Neuem betrügen zu lassen. Bedenken Sie, was diesem Volke seit fünf Jahren schon vorgespiegelt worden, und wie oft sein überloyales Vertrauen auf die unendliche Weisheit und Liberalität seines „angestammten Herrscherhauses“ schon betrogen worden ist. Deshalb war es gut, daß Sie nach Berlin kamen, um dem Volke auch nach einer Seite hin die Augen zu öffnen, wohin es bis jetzt die größte Blindheit bewiesen. Ihre Ausweisung ist zunächst als eine Vorrede zu den nächsten Landtagsabschieden zu betrachten, von welchen das loyale Vertrauen auf das „angestammte Herrscherhaus“ noch an manchen Orten Zusicherungen erwartet, die selbst einen Deputirten der badischen Opposition überraschen könnten. Sodann aber ist Ihre Ausweisung ein Kommentar zu dem eiferfüchtigen Streben nach „deutscher Einheit,“ als deren Vertreterin sich unsere russenfreundliche Regierung mit so großer Ostentation der Welt vorgestellt hat. Wir loben unsere Regierung wegen dieser Ausweisung. Sie ist dabei zum ersten Mal ganz aufrichtig gewesen, sie hat zum ersten Mal ohne Paraphrase ihre Herzenssprache, nämlich Russisch gesprochen. Der Minister von Arnim, der getreue Exekutor der preussischen Reaktion und würdige rechte Arm des preussischen Zaaren, hat eine Petersburger Dekoration verdient, indem er eine so seltene Probe von den Fortschritten der russischen Propaganda ablegte, und damit kein Verdienst dabei unbelohnt bleibe, wünschen wir selbst den Offizianten nicht übergangen, welcher den russischen Muth hatte, Ihren grauen Haaren, Herr von Iffstein, in Ihrem Schlafzimmer seinen Säbel entgegenzuhalten. Eine solche Sprache, meine Herren, ist aufrichtig und darum löblich. Unsere Regierung beginnt zu zeigen, daß sie auf dem Wege ist, sich russischen Muth anzueignen. Nach der abgelegten Probe ist von ihr noch viel zu erwarten, denn wer es wagt und vollbringt, auf nicht mehr als einige hundert tausend Polizeidiener und Flintenträger gestützt, einen siebenzigjährigen

Greis in einem Tage bis über die Landesgränze zurückzudrängen, der liefert den sprechendsten Beweis, daß er nicht weniger Selbstvertrauen als Stärke besitzt. Wer weiß, ob nicht auch die französische Deputirtenkammer durch ihre Bewilligung für die Vasilenarmirung diesen Muth unterstützt hat, denn die Kourage der deutschen Reaktion wohnt jenseit des Rheins wie jenseit des Niemen.

So wie wir, verehrte Herren, muß Ihnen das ganze preussische Volk dankbar sein. Dieses gute Volk steht schon seit Jahren mit offenem Munde da, um sich die verheißene gouvernementale Taube der Freiheit hineinsiegen zu lassen. Es hat sich auf die versprochene freie Presse gefaßt gemacht und die Zensur meißelt jetzt greulicher als je; es hat sich auf Erfüllung des bereits verschimmelten „königlichen Wortes“ gefaßt gemacht, und das „königliche Wort“ beginnt unterdeß faul zu werden; man hat ihm von Freiheit der Universitäten vorgeschwätzt und die Universitäten sinken täglich mehr zu Abrichtungsanstalten des gouvernementalen Korruptionssystems herab; man hat ihm freie Gemeindeverfassung in Aussicht gestellt und die bevormundete Gemeindegewirtheft versteckt man hinter dem Vorhang des Geheimnisses wie früher; man hat ihm von „deutscher Gesetzgebung“ gesprochen und die deutschen Gesetze waren mit dem Stock geschrieben; man hat ihm Ausichten auf Steuererleichterungen gemacht, und zieht zur Vorbereitung für die Ausführung geheimer Pläne nach wie vor gehäufte Millionen über das Bedürfniß aus dem Sackel des Volks, und das „angestammte Herrscherhaus“ mit seinen Ministern weiß allein, wo sie bleiben; man hat große Gerechtigkeit zur Schau getragen, während die fleißigen Armen im Schweiß ihres abgemagerten Angesichts Steuern zahlen, und die adlichen Müßiggänger nach „wohlerworbenem Recht“ unverkürzt ihr Geld vergeuden; man hat vom Schuß der bürgerlichen Sicherheit unter dem Dach des „angestammten Herrscherhauses“ gesprochen, während übermüthige Junker in Uniform ungestraft ihre Schußwaffe zur geselligen Meßgerei gegen die beschirmten „Untertanen“ gebrauchen; man hat die Unabhängigkeit des Richterstan-

des gepriesen und hängt über das Haupt der richterlichen Justiz das Damoklesschwert der administrativen; um die Richter zu willfährigen Sekundanten der Reaktion zu machen; man hat unter den Salven humaner Redensarten Vereine für die leidenden Klassen stiften lassen, und als sie sich zu wirklichen Vereinen machen wollten, wurden sie verboten; kurz wo sich eine Gelegenheit fand, zu heucheln und zu lügen, da hat man geheuchelt und gelogen. Um dem Metier die Krone aufzusetzen, hat man endlich das Volk mit einem Schwall von Begeisterung für die „deutsche Einheit“ übergoßen und jagt jetzt zur näheren Interpretation die Freunde der deutschen Freiheit aus dem Lande hinaus. So folgte eine Enttäuschung der andern und dennoch ermüdet die Täuschung nicht. Für Alles, verehrte Herren, was in unserem Lande vorgeht, weiß die gouvernementale Lüge eine Beschönigung zu finden. Deshalb war es gut, daß Sie Gelegenheit gegeben haben, die Welt durch eine Thatsache zu belehren, deren Nacktheit man umsonst wird zu umhüllen trachten, eine Thatsache zugleich, welche nicht, bloß die zur stummen Zufriedenheit verurtheilten Preußen, sondern auch die übrigen Deutschen und diese am meisten trifft.

Es ist doch eine herrliche Sache um die deutsche Einheit! Man hat gesagt, die deutsche Einheit bestehe bloß in der deutschen Polizei. Wir haben jetzt gesehen, daß auch dieß nicht einmal der Fall ist, denn mit dem Geleitsbrief, den Einem die deutsche Polizei am einen Ende des einigen Vaterlandes ausstellt, wird man von der deutschen Polizei am andern Ende aus dem Lande gejagt. Es ist weit, sehr weit gekommen, da, wie es scheint, eine polizeiliche Zusicherung eben so wenig mehr gilt, als ein „königliches Wort.“ Sogar die Polizei hat keine „deutsche Treue“ mehr. Meine Herrn, wo soll das hinaus? Man wird, um sicher zu sein, sich für ein mauvais sujet deklariren müssen. Russische Spione und dergleichen Gesindel reist unter dem Schutz hoher und höchster Sympathien ungeschoren durch das einige Vaterland umher, um es verrathen zu helfen; ehrenhafte deutsche Deputirte aber werden wie pestbehaftete Eindringlinge über die Grenze ge-

bracht. Es war doch ein guter Einfall, den Kölner Dom zu bauen, mit dessen dießjähriger Einweihungsfeier Ihre Ausweisung so hübsch zusammengetroffen ist; ohne ihn wäre unser einheitliches Nationalbewußtsein vielleicht nicht einmal so weit gekommen, daß wir uns über solche Ausweisungsaffairen zu trösten wüßten. Wenn die Ausweisungspraxis in unsern verschiedenen Vaterländern allgemein wird, so kommt leider der Patriotismus der kleinen Staaten sehr in die Enge und z. B. der arme Liechtensteinische wird sich auf seine 2½ Quadratmeilen zu beschränken haben. Hat er damit nicht genug? Warum nicht? Gilt es doch für jeden getreuen „Unterthan“ bloß, im Nothfall das „angestammte Herrscherhaus“ zu vertheidigen; und genügt ihm dieß nicht, so gehe er in's Ausland oder er wende seine Liebe dem gemeinsamen Vusstempel deutscher Einfall, dem Kölner Dome zu. Meine Herrn, wir schlagen vor, daß, wenn die Zeiten uns einmal die Mittel in die Hand geben (und dahin wird es kommen), wir die Ausweisungstheorie auch auf Andre anwenden, die jetzt noch nicht daran denken mögen. Wir dürfen diesen vorsorglichen Vorschlag um so eher wagen, da wir z. B. in Erfahrung gebracht haben, daß der Kölnische Dom der deutschen Einheit sich nur mit Widerstreben den preussischen Adler auf den Krahn hat setzen lassen und sehr gut weiß, daß er auf die Dauer eben so wenig nach Berlin gehört, als das Kastell zu Neuenburg. Wir glauben eine Zukunft vorauszu sehen, worin das Wort „sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“ zur Wahrheit wird, aber nach einer andern Seite hin, als wohin es bis jetzt gesungen worden.

Die deutsche Einheit! Worin besteht sie noch? Für uns „Unterthanen“ bloß in der Bestimmung, uns einheitlich hudeIn zu lassen und mit eingeschulter Begeisterung diejenigen zu beschützen, die das HudeIn-Geschäft übernommen haben. Mag es hinfort eine zweifache deutsche Einheit geben, nämlich eine unter Denen, die da hudeIn, und eine unter Denen, die nicht mehr gehudeIt sein wollen. Der Kampf dieser beiden Einheiten wird dann hoffentlich eine Dritte, eine wahrhafte Einheit erzeugen, nämlich eine Ein-

heit, die eben so wenig hudekn will, als gehudekt sen. Nur durch wohlverstandene deutsche Zwietracht werden wir zu einer wirklichen deutschen Einheit, nämlich auf dem Wege der Freiheit gelangen. Nur im Volk liegt die Einheit der Betreibungen wie der Interessen; bei den Kabinetten liegt die Einheit nur in dem Zweck, das Volk zur Erreichung ihrer besondern Interessen zu mißbrauchen und hin und her zu zerren.

Als wir es zu einer wirklichen, einer deutschen Volkseinheit gebracht haben, verweist man uns, wie gesagt, auf der deutschen Dom und dann auf den — deutschen Bund. Beide haben wenigstens die Ähnlichkeit mit einander, daß sie Ruinen sind und trotz allen Beiträgen Ruinen — bleiben werden. Mag man darüber denken, wie man wolle, wir unsrerseits glauben eben so wenig an eine Zukunft des deutschen Bundes, als an eine Zukunft des Kölner Doms. Wir würden nur dann an eine solche glauben, wenn wir an eine Zukunft des deutschen Volks verzweifeln. Ja, meine Herren, ein fauleres, ein schwächeres Institut, als dieser deutsche Bund durch die Korruptionspolitik seiner Leiter geworden ist, hat es nicht gegeben, so lange es eine Geschichte gibt! Eine gesetzlich sanktionierte geheime Verbindung der deutschen Kabinete zur Unterdrückung des deutschen Volks unter dem Deckmantel der deutschen Einheit, und nebenbei ein Behikel zum legitimen Betrug der Verbundenen unter einander — das ist der deutsche Bund! Frankfurt ist die Schmiedewerkstatt, worin die Fesseln für das Volk und die Fußangeln für die Schmiede selbst geschmiedet werden. Wir brauchen zur völligen Bavarheitung dieses Ausspruchs nicht die Geschichte seit 1815 hurchzugehen, wir brauchen bloß auf die Bekenntnisse zu verweisen, welche in den geheimen Aktenstücken abgelegt werden, Aktenstücke, die jeder Schulknaube auswendig lernen sollte, um von Jugend auf sein Blut mit dem Grimm gegen Menschen zu versehen, welche im Namen Gottes die Schlechtigkeit auf den Thron erheben und auf dem systematisch herbeigekünstelten Ruin aller Volkskraft das Gebäude ihres Egoismus auführen. Wie weit diese Schlechtigkeit

geht, davon soll die, wenn gleich bereits mehrfach veröffentlichte, preussische Denkschrift vom Jahr 1822, der Kanon der durch und durch verheuchelten preussischen Politik, auch am Schluß dieser Expektorationen wieder Zeugniß ablegen.

Der deutsche Bund! Es geht ihm, wie der preussischen Politik. Auch er hat nicht den Muth seines Systems. Diejenigen, welche ihn bilden und beherrschen, machen ihn zu ihrer Autorität, um sich auf ihn zu berufen, um in ihm einen unangreifbaren Sündenbock ihrer Maßregeln zu besitzen. Sie geben dem deutschen Bund die Ruthe in die Hand, womit auf ihr Geheiß das Volk gestrichen wird, um von sich selbst den Schein der Exekution abzulenken zu können. Sie sündigen durch ihre Gesandten, um sagen zu können, sie sündigten nicht. Sie zeigen sich im Nothfall bereit, mit der einen Hand etwas zu geben, erklären aber, der deutsche Bund, welcher nichts als die andere Hand ist, wolle es wieder nehmen. So machen sie den Exekutor ihrer Schlechtigkeit zugleich zum Schild ihrer Feigheit. Das ist der deutsche Bund. Und von diesem deutschen Bund nimmt das Volk, welches die Kosten zu seiner Erhaltung hergibt, nach wie vor Wortbruch, Lüge, Rechtsdiebstahl, Korruption, kurz Alles, was das Rechtsgefühl zur Empörung treiben kann, mit gläubiger Unterwürfigkeit hin, als komme es von einer göttlichen Autorität. Eine solche Macht übt die Rechtswidrigkeit aus, wenn sie sich geheim zu machen weiß!

Die schmählische Behandlung, verehrte Herrn, welche Ihnen widerfahren ist, werden sie vielleicht auch bis an den Bundestag bringen. Sie werden es nur thun, um an einem neuen Beispiel zu zeigen, daß es keine Instanz gibt, bei welcher ein deutscher Bürger gegen die Unbilden der deutschen Reaktion Recht finden kann. Daß Ihr Gesandter in Berlin etwas spät aufgestanden, ist darum zu bedauern, weil hierdurch die Gelegenheit genommen wurde, zu zeigen, daß die Berliner Zaarschaft, welche Ihren Regenten nur als Vasallen betrachtet, auf die Einsprache von dessen Vertreter — eine solche Einsprache vorausgesetzt — im geeigneten Fall eben so wenig gibt, als auf die Einsprache eines Depu-

tirten. Und nun der Bundestag? Was würde von dem zu hoffen sein? Selbst wenn Ihr Land besser bei ihm vertreten wäre, als es ist, würde der Bundestag nur sanktioniren, was einer seiner Befehlshaber gethan hat, und statt die deutsche Ausländerei durch ein Gesetz abzuschaffen, würde er die beliebige Ausweisungsbefugniß, dieß kostbare Mittel gegen die Einheitsympathien — deutscher Freiheit, weit eher vollends legitim machen. Etwas Kammerdebatten, gegen deren weitere Verbreitung die Zensur schon Mittel zu finden weiß, wird man eben so vorübergehen lassen, wie etwas einheitliche zensurte Zeitungsartikel, und das einige deutsche Vaterland bleibt im Einen wie im Andern in bester polizeilicher Ordnung nach wie vor.

Wir hoffen, verehrte Herrn, daß mit der Zeit das deutsche Volk in Masse völlig klar über Das werden wird, was es von seinen bisherigen Drängern, namentlich aber von den absoluten Regierungen zu erwarten hat. Wir hoffen, daß die Zeiten bald für immer vorbei sein werden, wo die Gewalt von der Schonung und und das Volk von der Hoffnung und die Hoffnung vom Vertrauen lebte. Alles Vertrauen, allen Glauben, alle Hoffnungen, deren Keim nur in dem Boden des Volksherzens schlummern mochte, hat man durch die Bruthitze verlogener Regierungskünste hervorgetrieben, um mit Despotenwonne die jungen Knospen wieder abreißen und den verblutenden Keim unter die Füße treten zu können. Und unser Vertrauen sollte noch immer nicht erschöpft sein? Das Wort Vertrauen muß aus dem Wörterbuch der deutschen Freiheitsfreunde ausgestrichen werden, denn es kann bei ihnen nur die Fähigkeit bezeichnen, sich bis an das Ende der Tage um die Freiheit schmachlich betrügen zu lassen. Ein Jeder, der weiß was er will, schließe seine Rechnung mit der andern Seite völlig ab und richte sein Handeln nur nach den Grundsätzen ein, die man gegen seine Feinde befolgt. Eine Unterhandlung und Vermittlung ist da nicht möglich. Wir müssen die Scheiden unsrer Waffen wegwerfen, um völlig und für immer zu siegen. Wir haben ein eingewur-

zeltes System uns gegenüber und mit dem unterhandelt man nicht, ihm stellt man ein anderes System entgegen. Die Grundlage dieses Systems ist zunächst die Aufklärung über die Schlechtigkeit des gegenüberstehenden und der Wille, der nicht ablassende Wille, demselben nach Verdienst möglichst viel Unterstützung in der Haltung der Einzelnen wie in der öffentlichen Meinung zu rauben. Benutzen wir jede Gelegenheit, dasselbe in seiner wahren Gestalt zu zeichnen, damit ihm die Mittel der Lüge entzogen werden, durch die es allein noch besteht. Auf dieser völlig rechtlichen Grundlage laßt uns operiren und wir verbinden mit einem guten Zweck zugleich ein gutes Mittel. Wo wir aber Gelegenheit haben, frei zu sprechen, da laßt uns ohne delikate Rücksicht und ohne diplomatische Schonung sprechen, sollte es auch auf Kosten unseres Styls geschehen. Nehmen wir den einfachsten und gradesten Ausdruck, damit wir, was auf der einen Seite durch die zensirte Lügenstrafe verdorben wird, auf der andern durch eine wahre Menschensprache wieder gut machen. Schlechtigkeit ist es, was wir zu bekämpfen haben, und Schlechtigkeit soll es auch benannt werden. Wir müssen die Dinge bei ihrem wahren Namen nennen und endlich eine andre Moral einführen, als jene polizeibeherrschte, welche die Welt auf den Kopf stellen will durch Rechtfertigung alles Unrechts und aller Unthaten, die von der waffengeschützten Gewalt ausgehen.

Sie werden es, verehrte Herrn, uns nicht übel deuten, wenn wir unsrer Dankadresse ein Ihnen bereits bekanntes Dokument, mit Anmerkungen begleitet, folgen lassen, welches unsern Mitbürgern noch mehr, als es schon gesehen, klar machen wird, an welche zusammenhangende Ursachen diejenige unseres Danke sich anschließt.

Geheime diplomatische Denkschrift

vom Jahr 1822

über die

Preussische Politik

gegen das „einige deutsche Vaterland“ *).

Die Grundlagen des frühern Systems Preussens, wie es in Bezug auf die deutschen Reichsstaaten Friedrich II. nach dem Hubertsburger Frieden feststellte, und wie solches seitdem im Wesentlichen bis zum Luneviller Frieden bestand, haben seit dem Reichs-Deputations-Rezeß und dem Wiener Kongresse wesentliche Veränderungen erfahren:

- *) Diese Bekenntnisse einer schönen Diplomatenseele zeigen, bis zu welcher einem System von Kniffen es eine Politik bringt, die nur von den Plänen eines Kabinetts, statt von den Interessen eines Volks eingegeben und nicht von dem souveränen Interesse des Volks selbst, sondern von dem souveränen Ehrgeiz eines dynastischen und diplomatischen Knäuels geleitet wird. Diese Denkschrift, welche noch heutzutage in den Hauptpunkten als Leitfaden der preussischen Politik gelten kann, besteht, wie man es schwarz auf weiß lesen mag, von vorn bis hinten nur aus Heuchelei, Lüge und Jesuitismus der nichtswürdigsten Art. Fast in jeder Zeile predigt sie einen Kniff, und wenn wir diese Denkschrift in die eine und die neuere preussische Geschichte in die andere Hand nehmen, so finden wir, was in der einen mit Worten ausgedrückt ist, in der andern getreulich in Handlungen überseht. Volk! hier siehst du es, nach welchen Grundsätzen für dein Glück gesorgt wird. Wer allein bedenkt, wie viel tausend Menschen betrogen, korrumpirt und kaltblütig zu Grunde gerichtet werden müssen, um eine solche Politik durchzusetzen — was Alles im Namen „Gottes“ und des Volkswohls geschieht — der wird zurückschauern und erbeben vor Allem, was Kabinettspolitik heißt. Und dies ist die nämliche Politik, welche in neuerer Zeit so prahlerisch die „Ehre“ an die Spitze ihrer Maximen gestellt hat und täglich die „deutsche Treue“ im Munde führt. Schmach und Verderben über diese „Ehre“ der Ehrlosigkeit und diese „Treue“ der Verfaßtheit! Schade nur, daß die Denkschrift sich nicht auch über die Beziehungen der preussischen Politik zur russischen ausspricht; wir würden sonst noch eine Zugabe merkwürdiger Aufschlüsse erhalten. Wer sich durch den Schein des preussischen Liberalismus hat täuschen lassen, der findet in dieser Denkschrift als

1) Durch die Sekularisirung der geistlichen Staaten und die Mediatisirung der meisten kleinen Reichsstände, und die daraus und aus dem Rheinbunde hervorgegangenen Vergrößerungen und bessere Bewaffnung Baierns, Württembergs, Badens, Darmstadts und Nassaus.

2) Durch die Abtretung der Niederlande und der in Deutschland zerstreuten Besitzungen Oesterreichs, welches dadurch aufhörte, umfassende Macht zu sein, während Preußen durch sein militärisches und politisches Etablissement am Rheine, an der Saar und in Thüringen, nicht allein Nord- und Mittel-Deutschland militärisch umzingelte, sondern sogar mit Süd-Deutschland in unmittelbare Territorial-Berührung kam.

3) Durch die Theilung Sachsens.

4) Durch das entschiedene Uebergewicht, welches in Folge der seit 1803 Statt gefundenen Umänderungen aller Art das protestantische Prinzip in Deutschland erhielt.

5) Durch das Entstehen einer vorzüglich jetzt von Württemberg begünstigten Partei, welche, die Grundsätze des Protestantismus übertreibend, die repräsentativen und demokratischen Ideen als Feldzeichen wählte.

Die Folge der ad 1 entwickelten Veränderungen dürfte eine weit größere Beachtung sein, die jetzt in politischer Hinsicht die genannten Höfe verdienen, welche zugleich durch die ad 2 auseinandergesetzten Territorial-Verhältnisse weit unabhängiger, als es früher der Fall war, von Oesterreich geworden sind, während diese letz-

Auflösung des Räthsels die klar ausgesprochene Absicht, unter dem Schein der Freiheitsbegünstigung die Freiheit um so sicherer zu untergraben, und den Haupttheil des belogenen **deutschen** Volks mit dem belogenen **preussischen** Volk unter einer preussischen Saarenkrone zu vereinigen. Wer nun also der Meinung ist, daß das Volk um des Volkes willen und nicht um einer Clique hochgestellter Betrüger willen existirt, der weiß, wie er die preussische (gleich der österreichischen und russischen) Politik zu beurtheilen und wie er ihr zu begegnen hat. Dem wird und muß es zugleich klar werden, daß, wer diese Politik wesentlich unterstützt, nichts weniger als ein Volksverräther ist, sei er nun ein Schriftsteller oder ein Deputirter oder ein Mann

tere Macht gleichzeitig durch die Säkularisationen und Mediatisirungen den eigentlichen Kern ihrer Partei in Deutschland verloren hat.

Dagegen hat Preußen durch seine Festsetzung am Mittel-Rhein, durch den Besitz von Koblenz, Saarlouis und Erfurt, und durch seinen Mitbesitz von Mainz allerdings den entschiedensten militärischen Einfluß auf Nord- und Mittel-Deutschland gewonnen, zugleich aber auch durch die Theilung Sachsens und durch seine Abgränzung gegen Westen, welche seine Reider*) nur als die Marksteine seiner künftigen äußern Gränzen des Reichs darzustellen sich bemühen, den meisten nord- und mittel-deutschen Staaten ein geheimes, schwer auszurottendes Mißtrauen eingeflößt, und im Wesentlichen, wenigstens hinsichtlich Nord- und Mittel-Deutschlands, die frühere Rolle mit Oesterreich gewechselt, gegen dessen wirkliche oder vorgeschützte Vergrößerungsabsichten die meisten Reichsstände damals Schutz bei Preußen suchten.

Die harten Schläge, welche die katholische Partei in Deutschland erfahren hat, sind unbezweifelt ganz im Interesse Preussens**). Wenn Preußen als das Haupt des Protestantismus

der Regierung. Freiheit, meine Herrn, und vor allen Dingen freie Presse, oder — ihr seid Verräther!

- *) Das Wort „Reider“ ist an dieser Stelle sehr sprechend. Wenn man gegen einen Räuber Vorsicht beobachtet und empfiehlt, so sagt der Räuber, man beneide ihn um die durch ihn gefährdeten Geldbeutel. Man sieht, wie es sich bei der preussischen Politik schon von selbst versteht, daß ihr Deutschland in die Klauen fallen muß, da sie ihm ganz naiv die Berechtigung abspricht, sich davor zu fürchten, und den Ausdruck solcher Furcht nur auf Rechnung der Reider schreibt. Daß gegen solche russische Inkorporationspolitik sich etwas Anderes sträuben könne, als der Reib, das nimmt sie sich gar nicht einmal die Mühe, als möglich zu supponiren. Daran mag das Volk erkennen, wie viel man nach seinen Wünschen und seiner Meinung fragt. Man setzt ihre Existenz gar nicht einmal voraus. Man glaubt seiner gewiß zu sein, sobald man seiner Regierung gewiß ist, weil das Volk nicht selbst seine Regierungen bildet, sondern als deren Eigenthum betrachtet wird. Volk, frage dein Herz und fühle deine Erniedrigung!

- **) Die preussische Politik, Baiern gegenüber, „ist gegeben.“ Baiern muß Preußen als ein Bollwerk, als ein Einschieber gegen Oesterreich dienen, in anderm Sinn, wie z. B. Polen als Ein-

in Deutschland angesehen wurde und wird, so ist gegenwärtig ganz Deutschland, mit Ausnahme von Oesterreich, in dem Grade protestantisiert worden, daß selbst das katholische Baiern in seinem Verfassungs- und Militär-Zustande mehr sich Preußen als Oesterreich nähern dürfte.

Was endlich das Entstehen der jetzt von Württemberg begünstigten revolutionären Partei anbetrifft, so ist es wohl sehr wahrscheinlich, daß dieselbe, obgleich als Oppositions-Mittel und als sich fremdem Einflusse darbietendes Instrument gegenwärtig eine große Aufmerksamkeit verdienend, doch im letzten Resultate, vorzüglich wenn das monarchische Prinzip in Frankreich zunehmend an Festigkeit gewinnt, keinen besondern Platz neben dem

schieber zwischen Deutschland und Rußland zu dienen bestimmt war. Um nun jenen Einschieber, dessen katholische Beschaffenheit ihn dem Vertreter des Protestantismus gegenüber schlecht zu seiner Bestimmung qualifizirt, zu seiner Zweck geeigneter zu machen, mußte man suchen, ihn zu protestantisiren, wozu die Bahn namentlich durch die Heirath einer bayerischen Prinzessin gebrochen war. Man sieht also, wie wenig es dem Vertreter des Protestantismus um diesen selbst zu thun ist; er gebraucht ihn nur von der einen Seite zum Hebel, von der andern zum Räder bei der Durchführung seiner Pläne. Darum ist es ihm nicht bloß in Baiern, sondern auch in Belgien, in der Schweiz und überall zu thun, wo er protestantische Pflanzschulen angelegt hat. In Baiern hat man den Pfiff gemerkt, und dem protestantisirenden Freund einen potenzirten Katholizismus, man hat dem protestantischen Jesuitismus den katholischen entgegengesetzt. Selbst die Kölner Dombaukomödie war nicht im Stande, durch den bayerischen Romantizismus den katholischen Instinkt zu überwinden, und der König von Baiern kam nicht nach Köln. Preußen wird mit der Zeit darüber im Reinen sein, daß es sich in Baiern verrechnet hat. Eben so sehr verrechnen sich diejenigen, welche von Baierns bloßer Entgegensetzung gegen Preußen etwas für die Freiheit hoffen. „In seinem Verfassungs- und Militärzustande hat Baiern sich Preußen genähert,“ sagt die Denkschrift. Allerdings hat es das leider gethan, und im Hinblick auf seine Konstitution muß man gestehen, daß es Preußen sogar an Willkürregiment übertrifft. In Baiern steht das Mittelalter in schönster Blüthe, und wir sehen gar nicht ein, was dort unter diesen Umständen der Bildung eines dritten deutschen Absolutistenregiments noch im Wege steht. Das sollten doch diejenigen erkennen, die da glauben, mit der Beschügung des

Protestantismus einnehmen, sondern sich im Laufe der Zeit wieder mit ihm verschmelzen wird. (!?)

Das aus diesen verschiedenen Elementen herauszubildende System Preußens, hinsichtlich Deutschlands, müßte aber freilich noch immer wesentlich den Rücksichten der allgemeinen europäischen Politik untergeordnet werden; und wenn diese aus höhern Gründen, auf wahrscheinlich längere Zeit, eine enge Verbindung mit Oesterreich erheischt, so dürfte sich als Ziel des gegenwärtigen deutschen Systems für Preußen ergeben:

Einmal, gemeinschaftlich mit Oesterreich dahin zu arbeiten, daß die nächste europäische Krise Deutschland so viel als möglich einig und bewaffnet finde. *)

Katholizismus gegen den Protestantismus unter der Regide bairischer Machtthaber sei etwas zur Förderung der Freiheit gethan. Wenn es um politische Freiheit zu thun ist, der sucht vor allen Dingen sie in Sicherheit zu bringen. Läßt er sich in die Reihen der gouvernementalen Religionsbeschützer einschreiben, so ist er mit sammt seiner Freiheit verloren; denn die bairische Politik ist eben so wenig gesonnen, den Katholizismus, als die preussische, den Protestantismus im Interesse des Volke zu benutzen. Mit der religiösen Opposition kann die politische nur zu einem Zweck gemeinschaftliche Sache machen, zu dem Zweck nämlich, unter dem Schuß freier Institutionen die Politik gänzlich von der Religion zu trennen und der letztern den Kampf für ihre Prinzipien auf dem Felde freier Geistesthätigkeit zu überlassen. Dort wird sie siegen, wenn sie kann, und unterliegen, wenn sie muß. Jedenfalls hat sie sich alsdann nicht mehr über geheime oder gewaltsame Beseindung zu beklagen. Glauben also die Katholiken, daß sie die Welt wieder katholisch machen können und müssen, so mögen sie sich vor allen Dingen um freie Presse bemühen. Wenn wir unsrerseits auch von der freien Presse andere Wirkungen erwarten, als sie, so gestehen wir doch, daß wir lieber einem bairischen Katholizismus den Sieg wünschen, als jenem perfiden, zweischlächtigen, heuchlerischen Berliner Protestantismus, denn der Katholizismus ist wenigstens etwas Ganzes, solcher Protestantismus nicht einmal etwas Halbes. Wir begreifen eben so wenig, wie ein Protestant in unserer Zeit noch „religiös“ bleiben, als wie ein vernünftiger Politiker gegenwärtig und nach den gemachten Erfahrungen weniger sein kann, denn ein Republikaner.

*) Diese Worte mögen unsere nationalen Enthusiasten für „deutsche Einheit“ zu der Erkenntniß führen, was die Kabinettspolitik eigentlich unter dieser Phrase versteht. Sie will weiter nichts, als bei einer „europäischen Krise“, das heißt, wenn z. B. die

Ferner dabei, doch allmählig und unter der Hand, den unmittelbaren Einfluß Preußens in Deutschland wieder herzustellen, zu begründen und zu erweitern.

Nach diesen Haupt Gesichtspunkten sei es erlaubt, die deutsche Politik Preußens in den drei ihr durch die Natur der Verhältnisse gegebenen Beziehungen:

- 1) gegen die verschiedenen einzelnen Höfe;
 - 2) am Bundestage;
 - 3) in Hinsicht der deutschen Nation überhaupt,
- näher zu untersuchen.

Was die einzelnen mittelbaren deutschen Höfe anbetrifft, so schiene es ganz dem preußischen Interesse angemessen, in die von dem Fürsten Metternich auf dem Wiener Kongresse ausgesprochene Theilungslinie des Einflusses in Deutschland durch den Main einzugehen, und indem man laut jede Idee eines südlich des Mains auszuübenden direkten Einflusses weit wegweise, gerade dadurch den geeignetsten Schritt zur möglichen Erhaltung desselben zu thun.

Der nördlich vom Main gelegene Theil Deutschlands ist militärisch von Preußen umfaßt. Sachsens und Hannovers Verhältnisse sind gegeben. Indem man ferner also Kurhessen (wovon noch besonders die Rede sein wird) von der Berechnung ausschloß, schiene Preußen hinsichtlich der übrigen kleineren nord- und mittel-deutschen Staaten ein gewisses allgemeines, in die militärischen Formen gekleidetes, sonst ausgeübtes Schutzrecht ohne Nachtheil faktisch ansprechen zu können, und dürfte darin vielleicht das

Franzosen der Freiheit wieder eine neue Bahn brechen, die Gesamtheit der deutschen Waffenknechte vereinigt in Bereitschaft haben, um im Interesse des preußischen und österreichischen Absolutismus das Eindringen der Freiheitspropaganda abzuwehren, und dann ihre „einzigen“ Knechte wieder in den alten Pferch zurückzutreiben. Nur sofern wir ihnen dienen, wollen uns die Herren einig haben; reden wir von einer Freiheitseinheit, so ändern sie ihre Sprache auf der Stelle. Hoffentlich werden wir beim Eintreten einer „europäischen Krise“ wissen, wie wir unsre Einheit zu verstehen haben, und den Beweis liefern, daß sich unsre Väter nicht vergebens haben betrügen lassen.

beste Mittel finden, diese kleineren Regierungen mit ihrer Souverainetäts-Eitelkeit und ihrem unruhigen Streben nach Verbindungen im Sinne seines Systems zu leiten.

Im südlichen Deutschland bestehen, dem Interesse nach, zwei Massen, wovon Baiern die eine, Württemberg und Baden, obgleich nicht ohne wechselseitige Eifersucht untereinander, die andere bilden. Es schiene, daß Preußen hier vorzugsweise seine Augen auf Baiern zu richten hätte, und daß eine möglichst enge Verbindung mit diesem Staate,*) dessen wohlverstandenes Interesse ganz damit übereinstimmte, selbst in der wesentlichen Ausführung des ehemaligen Bourbonischen Familien-Paktes, das unveränderliche Ziel der preussischen Politik sein müßte; worüber Oesterreich um so weniger Eifersucht zu äußern berechtigt wäre, als Preußen dabei nur dem Beispiele, welches Oesterreich mit Sachsen gegeben, zu folgen schiene, und dadurch die so wesentliche Befestigung Baierns in dem gemeinsamen Systeme sicherte.

An diese Verbindung knüpfte sich wohl keine passender und

*) An die Stelle dieser „engen Verbindung“ mit Preußen sollten die Baiern und mit ihnen die übrigen konstitutionellen Staaten Deutschlands eine Verbindung unter sich treten lassen, welcher sich „im Fall des Ereignisses“ der ganze Rhein freudig anschließen würde, denn es muß ihnen klar sein, daß sie Oesterreich und Preußen gegenüber sämmtlich ein gemeinsames Interesse haben und daß dieß Interesse kein wahres Einverständnis mit dem Gegner zuläßt. (Wir verstehen unter Oesterreich und Preußen natürlich nur die österreichische und preussische Politik. Da es aber unter dieser Politik kein Volk gibt, so hat auch die Sympathie für dasselbe keinen Punkt der offiziellen Anknüpfung.) Halten sie jene Verbindung nicht für stark genug, so seien sie drauf bedacht, sich mit freundlicher Gesinnung an die Schweiz und an Frankreich anzulehnen. Die Zeiten sind vorbei, wo die Franzosen zur Verwirklichung napoleonischer Eroberungsprojekte die Waffen ergriffen. Wenn sie wieder zu den Waffen greifen, so werden es Freiheitswaffen sein, die wir nicht zu scheuen haben, wenn wir die unsrigen zu gleichem Zwecke führen. Kommt es dahin — und es muß dahin kommen —, daß die deutsche Freiheit sich mit der französischen verbündet, so sind beide für immer gesichert und nur dann haben wir weder einen Petersburger, noch einen Wiener, noch einen Berliner Zaar zu fürchten. Dann mag es auch den übrigen Deutschen gelingen, mehr für die Preußen und Oesterreicher zu thun, als diese für sie.

natürlicher, als die mit den beiden hessischen Häusern an. Durch ein unbedingtes Herüberziehen derselben in das preussische System würde eine Territorial-Verbindung mit Baiern gefunden, und Deutschland dergestalt wie mit einer Kette umzogen, so daß, ohne Hannovers und Sachsens zu erwähnen, Württemberg, Baden, Nassau und Thüringen vollkommen militärisch umfaßt, und jenem Systeme unterworfen wären.

In dieser Stellung dürfte Preußen ferner sich gegen Württemberg nur wesentlich zu neutralisiren brauchen. Mit Baden könnte ein allgemeines freundschaftliches Verhältniß, *) so weit es die bayerische Verbindung gestattete, unterhalten und dazu benutzt werden, ein zu enges Anschließen Badens an irgend einen andern Staat zu hintertreiben. Das von Preußen und Hessen ganz umschlossene Nassau würde vielleicht früher oder später auch dahin gebracht werden, auf jede engere Verbindung mit entfernteren Staaten zu verzichten; so wie der von Hannover umgebene Herzog von Oldenburg in der Regel wohl nur eine Stütze in Preußen suchen könnte. Hannover selbst, ein kostbares Unterpfand der Verhältnisse mit England, **) dürfte zu schonen, ja zu schmeicheln, dabei aber doch im Geheimen zu isoliren sein. Sachsen wäre zu surveilliren, zu isoliren, dabei aber doch mit Mäßigung und

*) Ob die Berliner Ausweisung mit diesem „freundschaftlichen Verhältniß“ durch ein *quoique*, oder durch ein *parceque* in Verbindung zu bringen ist, wird hoffentlich nicht unaufgeklärt bleiben.

**) Die Verhältnisse mit diesem „kostbaren Unterpfand“ haben sich unterdessen sehr geändert und Hannover ist ein englisches statt ein preussisches Unterpfand geworden. Für die Unterstützung, die man dem „englischen Unterthan“ auf dem hannoverschen Thron bei seinem Verfassungsraub geleistet, hat man nun einen bedeutenden Miß in die Berliner Einheitspläne erhalten. Der Schadenfreude über diesen Gegendienst kann man sich um so eher überlassen, da der Schaden mehr eine schlechte Politik, als das Volk trifft. Die Hannoveraner haben recht, indem sie sich gegen eine Verbindung mit einem verdächtigen Nachbar sperren, der ihnen so sprechende Beweise von seiner Freundschaft gegeben, und hoffentlich werden sie so lang die Einheitspläne desselben kreuzen, bis es ihnen wie den Andern klar geworden, daß sie der wahren Einheit nur durch die Freiheit zugeführt werden können.

Schonung in allen Beziehungen zu behandeln, um vielleicht im Laufe der Zeit eine Partei in Dresden zu bilden, die, wie nach dem siebenjährigen Kriege, klüglich die Vergangenheit vergessend, im Falle des Ereignisses den Anschluß an den umgebenden mächtigen Nachbar anriethe. Lage, Gewohnheit und Verwandtschaft scheinen die Meßener für eine lange Zeit an Preußen fesseln zu müssen.

Ad 2. Das System Preußens am Bundestage; während der Dauer der österreichischen Allianz, dürfte folgende Zwecke vorzüglich zu verfolgen haben:

A. Gemeinschaftlich mit Oesterreich Deutschland eine kräftige Militär-Verfassung und solche Bundesformen zu geben, um bei der nächsten europäischen Krise über die Streitkräfte der übrigen Bundesstaaten rasch und kräftig disponiren, und von denselben eine größtmögliche Unterstützung an Truppen ziehen zu können. *)

*) Merkt es euch, ihr Badener, Würtemberger, Baiern, Sachsen, Hannoveraner u. s. w., merkt es euch, daß ihr bei der nächsten „europäischen Krise“ nicht im Interesse eurer Freiheit und eures Glücks, sondern nur im Interesse Preußens und Oesterreichs unter dem Schatten der einheitlichen Bundesfahne zur Schlachtbank geführt werden sollt. Sie wollen bloß „über eure Streitkräfte verfügen“ und eine „größtmögliche Unterstützung an Truppen“ aus euren Reihen ziehen, um mit eurer Hülfe den Status quo der deutschen Knechtschaft zu erhalten oder gar um ihm noch eine Erweiterung zu geben. Nur darum ist es ihnen zu thun. Wenn eine „Krise“ eintritt, wird hoffentlich kein Schwert zur Disposition der Berliner und Wiener Politik stehen, als bis es weiß, daß es nur für die Freiheit und von der Freiheit geschwungen wird. Einstweilen aber solltet ihr schon darauf bedacht sein, euren Verräthern das Messer aus der Hand zu winden. Ihr habt oben gelesen, daß die preussische Politik schon von einem Mitbesitz von Mainz redet. Auf diesen Mitbesitz legt sie, und zwar mit Recht, so viel Gewicht, daß sie sogar einen ihrer Prinzen als Vorposten ihrer Projekte in die Stadt Mainz vorgeschoben hat. Wer heißt euch, die Einrichtung beizubehalten, wonach gerade die gefährlichsten Glieder des „deutschen Bundes“ dessen Festungen mit ihren Söldlingen besetzt haben? Lest diese Denkschrift und seht dabei die preussischen Soldaten in Mainz umherspazieren. Heißt das nicht, sich mit Gewalt das Messer an die Kehle setzen lassen? Gehen euch noch immer die Augen nicht auf? — Will übrigens nicht einmal

B. Gemeinschaftlich mit Oesterreich über die Erhaltung der Ruhe (!) in Deutschland zu wachen, zugleich das repräsentativ-demokratische System zu bekämpfen, und auf die übrigen Bundesstaaten thunlichst in dem Sinne einzuwirken, um sie zur Ergreifung und Verfolgung der angemessenen Maßregeln im Innern zu vermögen.

C. Gemeinschaftlich mit Oesterreich und kräftigst dem Einflusse der fremden europäischen Mächte, die mehr oder weniger direkt andere Bundesstaaten zu gewinnen trachten könnten, entgegen zu arbeiten, und auf die Auflösung aller Separat-Verbindungen unter den mittleren und kleineren deutschen Staaten hinzuwirken, die ihrem Wesen nach immer früher oder später der Gegenstand der Intriguen fremder Mächte werden müssen.*)

D. Dabei aber doch möglichst alles so vorzubereiten, daß, wenn einst eine Trennung Preußens von Oesterreich erfolgen und demzufolge eine Spaltung Deutschlands**) Statt finden sollte, der überwiegende Theil der Bundesstaaten sich für Ersteres erklärte, und daß alsdann die vorhandenen Bundesformen nicht zu sehr zum Nachtheile der preußischen Partei benutzt werden könnten.

eine kundige Militärperson hervortreten, um dem Volk auseinander zu setzen, welche bundesmilitärischen Maßregeln namentlich Preußen getroffen hat, um des südlichen Deutschlands versichert zu sein? Wo es an Auskunft fehlt, da ist sie vielleicht bei dem Herrn vonadowitz zu erlangen, dem eingeweihten Vertrauten der Berliner Majestät. —

*) Hat man unter diesen fremden Mächten auch die russische mit-verstanden? Wo die Knute waltet, da fürchtet man keine Intriguen; wo der Freiheitsbaum aufgepflanzt wird, da ist der Herd der Intriguen! Wir wollen uns nicht darüber verblenden, daß man auch gegen französische Intriguen auf der Hut sein müsse; aber wer mit russischen Intriguen unter einer Decke spielt, in dessen Munde hat das Wort eine andere Bedeutung. Besäße Frankreich die Macht wie den aufrichtigen Willen, Deutschland mit einem Mal frei und glücklich zu machen, so wäre das die schändlichste Intrigue, die es für eine preussische Kabinettspolitik nur geben kann. So also ist nach preussischen Begriffen das Wort Intrigue zu verstehen.

**) Eine Spaltung Deutschlands! Es nimmt sich allerliebste aus, wenn die Vertreterin „deutscher Einheit“ eine Spaltung Deutschlands ausdrücklich in ihr Glaubensbekenntniß aufnimmt und in

Wenn die Erreichung der Zwecke ad A, B und C ein kräftiges und gleichförmiges Wirken mit Oesterreich erheischte, so schiene die Rücksicht ad D durch nichts mehr befördert zu werden, als wenn man Oesterreich mit jenem Wirken die von demselben systematisch gesuchte Ausübung der Initiative in seinem eigenen Namen und die damit verbundene formelle Geschäftsführung bereitwillig überließe, und nur hinsichtlich der wesentlichen Punkte eine frühere geheime Einverständigung zwischen Berlin und Wien in Anspruch nähme. Nach der unveränderlichen Politik der mittleren und kleineren deutschen Staaten wird stets ihre Souverainetäts-Eifersucht gegen die, die Suprematie in Anspruch nehmende Macht gerichtet werden, und bei den eben auseinandergefügten Verhältnissen dürfte es vielleicht das einzige Mittel, den preussischen Einfluß wieder in Deutschland herzustellen, sein, jener Souverainetäts-Eifersucht einen andern Gegenstand als Preußen zu geben.

Mag Preußen dabei eine passive Rolle spielen, und in manchen Punkten nur der österreichischen Politik zu folgen scheinen! je mehr es jenen Schein zu gewinnen glückt, (vorausgesetzt, daß es dabei die Ueberzeugung aufrecht erhält, daß eine jede Gefährdung des Protestantismus und jede Territorial-Verletzung der schwächern Staaten in ihm einen unbeugsamen Widersacher finde, und daß es nie eine Verletzung der konstitutionellen Bundesformen begünstigen würde) desto sicherer wird ihm einst die Mehrheit der Bundesstaaten zufallen,*) wenn das Aufhören der preussischen

Aussicht hat. „Kein Oesterreich, kein Preußen, nur ein einziges Deutschland, stark wie seine Berge!“ Wahrlich dieser österreichische Prinzentrost spricht eine große Wahrheit aus. Wenn es nämlich kein Oesterreich und kein Preußen mehr gäbe (werunter die österreichische und preussische Despotenmacht zu verstehen), dann wäre Deutschland einig und stark wie seine Berge, eher aber nicht. Einstweilen mag es über seine „Spaltung“ nachdenken!

*) Hier haben wir also klare Rechnung vor uns. „Die Mehrheit

österreichischen Allianz auch den Druck, den ihr vereintes und umfassendes Gewicht ausübte, aufhören läßt. Der freilich erst bei einer dereinstigen Trennung von Preußen sichtbar werdende Fehler des jetzigen österreichischen Systems hinsichtlich Deutschlands liegt darin, daß diese Macht seit dem Reichs-Deputations-Hauptschlusse mit dem Rheinbunde fast alle frühern Elemente einer innern Partei in Deutschland, und die Vortheile einer umfassenden militärischen Lage verloren hat, und also für seine Leitungsansprüche einen wahren und soliden Stützpunkt nur durch die Vereinigung mit dem Gewichte und der Territorial-Lage Preußens erhält.

Allerdings dürften die obigen Zwecke ad A, B und C ohne Kraft und ohne ein consequentes Verfahren nicht zu erreichen sein, und daher schiene es ferner wichtig, auch der offenen Mitwirkung Baierns und Hannovers sich dazu zu versichern. Es dürfte vielleicht ein gutes Mittel für diesen Zweck abgeben, daß man diesen Höfen das zwischen Berlin und Wien hinsichtlich der deutschen Angelegenheiten Verabredete, ehe es nach Frankfurt gebracht würde, anscheinend zur Billigung vorlegte, und ihnen überhaupt eine gewisse Theilnahme an der Leitung der deutschen Geschäfte einzuräumen schiene. Dadurch würde einmal das Gewicht des Systems bedeutend vermehrt, diese beiden Höfe von den mittlern und kleinern Staaten, unter denen sie sonst leicht sich eine Partei zu machen trachten könnten, isolirt, und die Eifersucht, die neben Oesterreich möglicher Weise auch auf Preußen zurückfiel, noch mehr vertheilt. Auf noch mehrere Höfe aber

„der Bundesstaaten wird Preußen zufallen.“ Seid ihr damit einverstanden, ihr bundesstaatlichen Mitbürger? Fürwahr, wenn wir frei wären, so brauchte es uns gar nicht darauf anzukommen, ob wir einem Preußen oder einem Württemberg oder einem andern deutschen Volkstheil zufielen, denn auf den Namen und die Aeufferlichkeit würden wir sicher um so weniger geben, je mehr das Wesen und der Inhalt uns befriedigte. Aber wenn man sich bestimmt steht, bloß die Knechtzahl eines Potentaten und seiner Helfershelfer zu vermehren, dann bleibt man einseitig aus natürlichen und guten Gründen lieber bei einem kleinen, als bei einem großen. Damit sind die Kurheffen und Braunschweiger sicher am Ersten einverstanden. —

diese Theilnahme auszudehnen, schiene nachtheilig, weil die Vereinigung jener vier Höfe zur Erreichung des festgesetzten Zweckes vollkommen hinreichend sein dürfte, und ein Zugiehen mehrerer nur die Weitläufigkeit der Geschäftsführung vermehrte, und diesen letzteren Höfen eine Art von Wichtigkeit gäbe, die ihnen zu Theil werden zu lassen nicht im preussischen Interesse sein möchte.

Es ist in die Augen springend, daß seit längerer Zeit schon Württemberg ein politisches System aufgestellt hat, welches mit der nicht ausgesprochenen, aber unverkennbaren Absicht eines Anschlusses an eine fremde Macht den Plänen der preussisch-österreichischen Allianz methodisch in allen Punkten entgegen zu arbeiten sucht, und durch Benutzung der gegen die beiden großen Mächte bestehenden Eifersucht der mittleren Staaten manchen derselben mehr oder weniger für sich gewonnen hat. Dieses System ist insbesondere auch der preussischen Politik durchaus entgegengesetzt, weil es sich einmal wesentlich zum Anschlusse an irgend eine ausländische Macht hinneigt, weil es unter fremdem Einflusse eine Verbindung der mittlern Staaten auch Preußen entgegen zu setzen trachtet, weil es die Rolle des eigentlichen Repräsentanten des protestantischen Deutschlands Preußen zu entreißen und dessen Einfluß auf Staaten zu entziehen trachtet, die nach geographischen Rücksichten, wie Kurhessen und andere ganz ihm angehören sollten, weil es endlich in Bezug auf die innere Staats-Regierung solche Grundsätze verfolgt, die mit den Fundamental-Maximen der preussischen Monarchie unverträglich*) sind, und nur Mißvergnügen unter den königlichen Unterthanen anzuregen abzwecken.

*) Ob wohl die Geschichte, als sie anfing, Völker und Staaten zusammenzusetzen, für den preussischen Staat ganz aparte „Fundamental-Maximen“ aufgestellt haben mag? So gut wie in dieser „Denkschrift“ sehen wir noch alle Tage in Zeitungen und Schriften die wohlberechnete Fabel verbreiten, Preußen habe besondere Fundamental-Maximen, von denen zum Wohl des Ganzen nicht abgegangen werden dürfe. Sie bestehen aber bloß darin, daß die preussische Politik alle Kräfte des Staats jederzeit in der Hand haben will, um ihre ehrgeizigen Machtprojekte und Vergrößerungspläne durchzusetzen. Das ist ganz einfach die

Es schiene, daß Preußen gemeinschaftlich mit Oesterreich, immer unter der oben erwähnten Voraussetzung einer anscheinend sekundären Rolle, aber nichts desto weniger entschieden und kräftig, auf die Auflösung dieses Systems, mit welchem keine Transaktion möglich erscheint, hinarbeiten, und dazu die ersten sich etwa darbietenden günstigen europäischen Conjunctionen benutzen müßte. Das wirksamste Mittel zu diesem Zwecke schiene eine Nöthigung Württembergs und Badens zu sein, diejenigen Personen, welche jenes System aufgestellt und verfolgt, und die sich vorzüglich fremdem Einflusse zugänglich gezeigt haben, in den Geschäften durch andere unter den Auspicien anderer Grundsätze als Ruder tretende Männer zu ersetzen. Auf jeden Fall dürfte es angemessen sein, die Hauptmaßregel nur gegen genannte zwei Staaten, und vorzüglich gegen Württemberg zu richten, und gegen dieselben nöthigenfalls eben so viel Kraft, als Conciliation und Schonung gegen die übrigen zu zeigen, welche sich nur mit fortreißen ließen, und eigentl. dem fremden Einflusse fremd blieben.

Um übrigens nach Erreichung dieses Resultates dem Wiederaufleben eines ähnlichen Systems am Bundestage möglichst vor-

Haupt-Fundamental-Maxime, eine Maxime, welche das Volk durchaus nur als Werkzeug eines Potentaten und seiner Umgebung betrachtet wissen will. Deshalb darf das Volk nicht frei sein, deshalb darf es keine Rechte haben, deshalb darf es keine Verfassung erlangen, deshalb darf es nicht durch eine freie Presse über die Lage der Dinge aufgeklärt werden, deshalb muß es Tag für Tag die Pike tragen und Subordination lernen, deshalb wird es sogar in verrätherischem Freundschaftsverkehr dem Petersburger Ungeheuer bloßgestellt, mit welchem man „im Fall des Ereignisses“ gemeinsame Geschäfte im Völkerverschlingen zu machen gedenkt. Wählte Preußen statt dieser gouv. mentalen Fundamental-Maxime die durch seine Natur gebotene Volks-Maxime, daß es Deutschland wie Rußland die Fahne der Freiheit vorantragen müsse, so würde ihm weit eher „die Mehrzahl der Bundes-Staaten zufallen:“ aber diesen Weg wählt es nicht, weil er dem Egoismus der hohen Herrn in die Quere läuft und weil er, was ihnen zufallen soll, natürlich dem Volk zuführen würde. Was also „mit den Fundamental-Maximen der preussischen Monarchie unverträglich“ ist, das ist — die Freiheit und das Recht des Volks.

zubeugen, dürfte unter andern ein beachtungswerthes Mittel die Einführung des Gebrauchs unter den Bundesstaaten abgeben, über die designirten Bundestagsgesandten, ehe ihre Ernennung öffentlich bekannt gemacht würde, regelmäßig die Meinung der übrigen Bundesstaaten anzuhören. Was bei den Ernennungen der großen Höfe nur eine bloße Formalität wäre, könnte diesen auf die Wahlen der mittlern und kleinern Staaten einen wesentlichen Einfluß geben, und eine gute Zusammensetzung der Bundesversammlung würde andrerseits, da die meisten der kleinen, und selbst manche mittlere Höfe ihre politischen Ansichten größtentheils aus Frankfurt bekämen, eine um so fühlbarere Rückwirkung auf den Gang der deutschen Angelegenheiten überhaupt ausüben.

Es bietet sich hier von selbst die wichtige, gewiß eine sehr weisliche Erwägung verdienende Frage dar: Ob es im Interesse Preußens liegt, besonders auf eine vollständige Entwicklung der Bundesgesetzgebung in Bezug auf die innern Bundesangelegenheiten hinzuarbeiten? Sie scheint im Sinne des oben entwickelten Systems verneint werden zu müssen, weil, so lange die österreichische Allianz besteht, die von derselben auszuübende faktische Suprematie weit besser unter Begünstigung nicht ganz genau bestimmter und noch schwankender Formen zu ihrem Ziele gelangen kann, und im Gegentheile scharf vorgezeichnete Geschäfts-Normen von der Opposition bei allen Veranlassungen als Hemmungsmittel (wie die Erfahrung es schon lehrt) benutzt werden können; während in der Hypothese einer dereinstigen Spaltung Deutschlands sehr genau und scharf bestimmte Bundesformen stets wesentliche Vortheile der im Besitz der formellen Geschäftsleitung befindlichen Macht gewähren, und die nöthigen Maßregeln unendlich erschweren könnten, welche Preußen dann im Bunde zu ergreifen angemessen finden dürfte, um eine Anwendung des Bundesmechanismus gegen sich selbst zu neutralisiren. Man möchte das Gesagte besonders und namentlich auch auf die Austrägalwege

ausdehnen, wobei der preussischen Politik sich der doppelte Gesichtspunkt darböte, nicht selbst in zuviel dergleichen Prozesse verwickelt zu werden, und den kleinern Staaten Stoff zu Streitigkeiten unter einander, die sie immer wieder den großen Mächten zuführen, zu lassen.

Aus allem Obigen schiene als Resapitulation folgende, allerdings komplizirte und bei der richtigen Behauptung die größte Aufmerksamkeit und nicht geringe Geschicklichkeit erfordernde Stellung Preussens am Bundestag hervorzugehen: im Allgemeinen möglichste Neutralisirung, jedoch stets mit der Haltung einer über die mittleren Bundesstaaten erhaben stehenden, mit Oesterreich auf gleicher Linie stehenden Macht, also vorzüglich sorgfältiges Vermeiden, Vorschläge zu machen, die später nicht durchgeführt werden könnten; in den allgemein politischen Bundesbeziehungen Ausgleichung der etwaigen Differenzen direkt zwischen Berlin und Wien, aber zu Frankfurt enge, in der Regel milderndes Anschließen an Oesterreich, wobei zuweilen, aber nicht zu oft, in populären Gegenständen ein berechneter, offensibler und eklamantierender Akt von Selbstständigkeit zu zeigen, übrigens die formelle und materielle Initiative systematisch Oesterreich zu überlassen, diese letztere aber um jeden Preis von den Händen der mittleren Staaten entfernt zu halten wäre; bei reinen Privatstreitigkeiten von Bundesstaaten unter einander, wobei keine allgemein politischen Beziehungen ins Spiel treten, ohne Rücksicht auf die Ansicht Oesterreichs, eine unabhängige, möglichst aufs strenge Recht gegründete Meinung*); Privatprotektionen selten, und nur wo sie höchst wesent-

*) Welch eine naive Unverschämtheit liegt in diesen Worten! Wo keine „allgemein politischen Beziehungen ins Spiel treten“, da soll die preussische Politik „eine möglichst aufs strenge Recht gegründete Meinung“ äußern (natürlich auch nur des Scheins halber); daraus folgt, daß, wo „allgemein politische Beziehungen ins Spiel treten“, „das strenge Recht“ nicht mehr am Platze ist. Es ist der Schlechtigkeit eigen, daß sie zuletzt das Gefühl ihrer selbst verliert und sich ganz naiv ausspricht, als könne gar kein Bedenken dabei sein.

liche Rücksichten auf die mit Preußen besonders eng verbundenen Bundesstaaten erheischen; ein **anscheinend reger Eifer für die Befestigung und Entwicklung der Reformen**, die unter der Hand aber, mit Ausnahme derjenigen, welche auf die Militärverfassung und die Stellung des Bundes gegen das Ausland Bezug haben, so lose als möglich zu erhalten wären; endlich eine freilich nur sehr allmählig, mit der äußersten Vorsicht einzuleitende Bildung einer festen preussischen Klientelle in der Bundesversammlung.

Ad 3. Wohl unbezweifelt dürfte es eine der Grundlagen der Politik Preußens sein, sich einen Einfluß auf die deutsche Nation überhaupt dadurch zu sichern, daß es als die eigentliche deutsche Macht und als der wahre Repräsentant Deutschlands angesehen werde. Preußen hat durch seine letzte Gebiets-Regulierung darauf größere Ansprüche, als es jemals früher besaß, erworben: auf der andern Seite werden aber auch alle dahin abzweckenden Schritte durch die Allianz mit Oesterreich bedingt. Die Natur der einzigen Regierungsform, die allein Preußens Größe und Einfluß sichern kann, schließt schon, ohne andere Verhältnisse zu berühren, **unwiderruflich** *) die Begünstigung der demo-

*) Dieß „Unwiderruflich“ sollte mit ellenlangen Lettern gedruckt stehen, damit die preussischen Thoren, welche noch von wirklicher Volksrepräsentation träumen, es nicht übersehen. Die preussische Politik ist in der That unwiderruflich gegen das Volk gerichtet, denn sobald das Volk auf sie Einfluß erhält, existirt sie nicht mehr. Das Volk kann und wird nicht sich und den Staat zur Verwirklichung ehrgeiziger und verrätherischer Machtprojekte gegen seine Bundesgenossen für bestimmt halten; das Volk kann und wird sich nicht mit dem nordischen Barbaren verbünden, vor dessen Pesthauch die zivilisirte Welt zusammenzittert. Solches Beginnen ist nur einem Kabinet, einer Dynastie, einer Clique in den „höhern Regionen“ möglich. Mit Hülfe absolutistischer Staatsformen und eines Landes voll Vaso- neta das rechtlose Volk für die Kabinettspläne disponibel zu halten und diesem Verfahren durch einen lügenhaften Liberalismus den beschwichtigenden Schein populärer Regierungsbestrebungen zu geben — das ist mit zwei Worten die Seele der preussischen Politik. Das ist es, was man nicht oft ge-

tisch-repräsentativen Ideen aus, welche jetzt noch so vielen Einfluß in Deutschland ausüben. Preußen kann sie wohl in allen ihren Nuancen und Folgerungen nur lebhaft bekämpfen. In diesem Kampfe aber scheint es, daß sehr sorgfältig selbst der Schein des andern Extremis, des Hineingehens zu den hierarchischen Grundsätzen der katholischen Monarchie, die dem protestantischen Deutschland stets zuwider sein werden, zu vermeiden wäre. Fest den Grundsatz der Autorität der Regierungen vertheidigend, würde Preußen doch stets die Rolle des Chefs des Protestantismus in Deutschland und auf dem festen Lande festzuhalten, d. h. als diejenige Monarchie aufzutreten haben, die den populären Formen entgegengesetzt, doch die meisten eigentlichen liberalen Regierungsgrundsätze hätte, die stets und überall wahre Intelligenz und Aufklärung begünstigte, welche die thätigste, festeste und einsichtsvollste Verwaltung besäße, die endlich vorzugsweise jedem Talent die ihm angemessenste Laufbahn öffnete*).

nug wiederholen kann, damit es endlich dem Volk in Kopf und Galle bringe. Das ist es, was ihm unwiderruflich die Freiheit versagt, wenn es erbärmlich genug bleibt, sie sich nicht selbst erobern zu können. Die Zeiten sind noch nicht gekommen, wo die preussische Politik ihre Pläne unverhüllt ins Werk setzen kann; die Konstellation, die Krisis (Verfall der Türkei u. s. w.), worauf man wartet, bleibt der preussischen Berechnung zu lang aus; das Volk wird ungeduldig und die Regierung wird verlegen; man sucht also die getreuen Unterthanen durch allerlei Spiegelfechtereien hinzuhalten, welche darauf ausgehen, die Sympathien des Volks nicht gänzlich durch Hoffnungslosigkeit zu verschmerzen, daselbe aber auch nicht in der Rechtsverlangung so weit kommen zu lassen, daß man ihm nicht in jedem Augenblicke wieder Alles nehmen und unbedingt über dasselbe verfügen könnte. Das ist die Situation. Man braucht sie nur zu enthüllen, um sie unhaltbar zu machen, vorausgesetzt, daß das Volk sich nicht absichtlich dagegen verblendet.

*) Hier wird abermals ein großartiges Bekenntniß abgelegt. Hier wird es ausdrücklich gesagt, daß Alles, was Preußen anscheinend oder wirklich Gutes ins Werk setzt, nicht um des Guten selbst oder des Volkes willen ins Werk gesetzt wird, sondern nur in schlauser, egoistischer Berechnung zur Täuschung der Welt und zur Vermehrung des preussischen Einflusses. Man sagt also mit andern Worten: das ganze Preußen, dieser gerühmte Musterstaat, ist innerlich nichts als eine einzige große gouvernementale Lüge, und man würde sich gar nicht mehr die Mühe geben, diese künstliche Lüge zu unterhalten,

Es schiene wünschenswerth, und selbst beim Festhalten der österreichischen Allianz nicht unerreichbar, daß, wie es vor dem Beginnen der französischen Revolution der Fall war, Preußen als der deutsche Musterstaat angesehen, und seine Schriftsteller wieder die tonangebenden in Deutschland würden, und dies Resultat dürfte unvermeidlich sein, sobald, wie schon erwähnt, das demokratisch-revolutionäre Treiben und die süddeutsche Scheinkonstitutionalität depopularisirt worden wäre. Es verdiente dabei eine reifliche Prüfung, ob, da jene Partei nun doch einmal an der Entwicklung und Geltendmachung ihrer Theorie vor dem Publikum nicht gehindert werden mag, es nicht rathsam wäre, sie gleichfalls nach dem Beispiel der englischen und französischen Regierungen in ihren Grundsätzen, in ihren Leitern und ihren Organen einer indirekten, aber kräftigen öffentlichen Diskussion zu unterwerfen, als es nicht allzuschwer sein dürfte, gegen jene Grundsätze und Einrichtungen bei den besonnenen und richtig urtheilenden Deutschen die National-Eitelkeit und Ehre ins Spiel zu bringen, indem man dieselben, als von einer nebenbuhlerischen Nation ausgehend, durch Bildung von Parteien im Sinne des Auslandes wirkend darstellte*).

wenn man seine Zwecke auf andre Weise zu erreichen wüßte, oder ihn erreicht hätte. Hätte man ihn erst erreicht, dann würde man eine andre Sprache reden, dann sollte das Volk die Wahrheit, die russische Wahrheit erfahren! und müßte man sie auch in beruhigendes Deutsch übersetzen, sie blicke, was sie wäre, und die preußische Regierung thronte als unbeschränkte Gebieterin über dem ausgesuchtesten Theil der Erde. Die preußische Regierung wäre und bliebe der Zweck und das „Muster“-Volk wäre und bliebe das Mittel! Es gibt noch Menschen, die Einem übel nehmen, wenn man sich stark gegen die preußische Politik ausspricht. Wir begreifen diese Menschen, wenn sie Gründen und Thatsachen gegenüber ihre Vorwürfe nicht fahren lassen, nur unter zwei Voraussetzungen, nämlich daß sie entweder durch und durch dummi oder durch und durch schlecht sind.

- *) Dieser Schlußpassus scheint dazu bestimmt zu sein, unsere hohen Nationalen zu bekehren, die ihre Hohlheit beliebig bald mit offiziellem Franzosenhaß, bald mit deutscher Einheit u. s. w. vollgießen lassen. Es läßt sich keine erbarmenswerthere Situation denken, als die eines brüllenden Rheinliedsängers, der, nachdem er seinen nationalen Windsack im Schweiß seines Angeichts geleert hat, nun plötzlich erkennt, daß sein Patriotismus nicht bloß an sich selbst eine Lüge, sondern auch eine fremde Lüge war, die von schlauen Betrügern seiner Einfalt aufgeschwagt

worden. Und dennoch, wenn morgen wieder von einem Thron herab eine Phrase von „deutschem Wesen,“ „deutschem Sinn,“ „deutscher Treue“ (worunter natürlich nur die Treue des Hundes zu verstehen), „deutscher Einheit“ u. s. w. in die Menge geworfen wird, so ist nicht die mindeste Garantie vorhanden, daß nicht ein tausendstimmiges Hurrah die Antwort bildet; und bietet sich wieder die Gelegenheit, durch eine National-Demonstration gegen die Franzosen das Freiheitsgelüste des Volks einzutrommeln, so reicht ein eingeleitetes achttägiges Nationalgewäsch der zensurten Zeitungen hin, um Hunderttausende wieder in den alten Dusel zurückzuführen. Oder wird es nicht der Fall sein? Wenn nicht, dann — wittern wir Morgenluft! Wenn beim Eintreten ernster Zeiten euer Patriotismus nicht mehr ein offizieller, ein polizeilich eingetänkter sein wird, dann werdet ihr beweisen, daß ihr zum Bewußtsein eurer selbst gekommen, daß ihr nicht dazu vorhanden seid, gleich euren gouvernementalen Musketen euch beliebig laden und eure Kraft beliebig gegen Freund und Feind verblühen zu lassen. Dann haben wir Gewißheit, daß sich unser Haß nur dahin richten wird, wo die Knechtschaft, nicht aber dahin, wo die Freiheit wohnt. Dann wird die Zeit für unsre Unterdrücker und Verräther vorbei sein, dann werden wir die Fähigkeit erlernen, selbst die Schöpfer unsres Glücks zu werden, und auf dem Boden des alsdann wahrhaft „einigen“ Vaterlands sollen die eingefahrenen Wege der Schmach, auf denen wir so lange Jahre zusammen den Zuchthauskarren der Knechtschaft geschoben, in einem einzigen Frühling der Freiheit für immer mit Gras bewachsen sein. Kommen wird dieser Frühling, er muß kommen, so wahr eine Sonne am Himmel steht. Wer ihn will, der wolle ihn auch dann, wenn unsre Feinde uns die Möglichkeit rauben, seinen Boden ohne Blut zu düngen. Wo Eins weichen muß, der Wille der Gerechtigkeit für unsre Sache oder der Wunsch der Humanität für die Mittel unseres Strebens, da weiche die Humanität! Wo die Regierungen nicht gegen die Völker, da müssen endlich die Völker Gerechtigkeit gegen die Regierungen üben. Ewigkeit ist nicht der Name für Geduld, wie Erniedrigung nicht der Name für Wolk ist. O ihr Völker, wer eure Leiden überdenkt und die Nichtswürdigkeit eurer Feinde ermüdet, der weiß nicht, ob er euch mehr verachten oder bewundern soll. Ist es Feigheit oder ist es Großmuth, was euch so lang zu Duldern macht? Ihr duldet und ihr duldet und ihr duldet — und indem ihr duldet, seht ihr in dem Spiegel der Geschichte das Bild eurer Riesenhaftigkeit und habt dennoch keine Ahnung von der riesigen Furchtbarkeit des Gerichts, das ihr verhängen werdet, wenn eure Unterdrücker keine andre Instanz mehr übrig lassen, als die Instanz der Volksrache.



